



Antrag

der Abgeordneten **Klaus Adelt, Dr. Paul Wengert, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Harry Scheuenstuhl, Ruth Müller, Kathi Petersen SPD**

Bayern im Visier von Hackern: Bayerns Cybersicherheitsstrategie auf den Prüfstand stellen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport anlässlich des vierjährigen Bestehens des Cyber-Allianz-Zentrums (CAZ) beim Landesamt für Verfassungsschutz über dessen Tätigkeiten zu berichten.

Dabei ist auf die Cybersicherheitsstrategie des Freistaates unter Einbeziehung folgender Fragen ausführlich einzugehen:

- Auf welche Weise kann dafür Sorge getragen werden, dass vermehrt Unternehmen ihre Hacking-Angriffe dem CAZ melden?
- Ist das CAZ den bayerischen Firmen und Unternehmen als zentraler Ansprechpartner bei Hacking-Angriffen hinreichend bekannt?
- Erachtet die Staatsregierung die Meldepflicht bei Hacking-Angriffen auf Betreiber kritischer Infrastrukturen als sinnvoll?
- Wie wird die Zusammenarbeit zwischen dem neuen Landesamt für IT-Sicherheit, der Zentralen Ansprechstelle Cybercrime am Landeskriminalamt, dem Cyber-Allianz-Zentrum am Landesamt für Verfassungsschutz sowie dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik künftig organisiert werden, um Kompetenzstreitigkeiten vorzubeugen und Synergieeffekte zu nutzen?

Begründung:

Der vor kurzem weltweit verübte Hacker-Angriff auf Großunternehmen und öffentliche Einrichtungen wie die Hamburger Unternehmensgruppe Beiersdorf oder die Strahlungsüberwachungszentrale in Tschernobyl veranschaulicht aufs Neue, welcher Gefahr sowohl Unternehmen als auch Behörden und Betreiber kritischer Infrastrukturen heutzutage ausgesetzt sind.

Allein das bayerische Behördennetz meldet circa 40.000 Angriffe pro Tag. Angesichts dessen verwundert es, dass dem seit nunmehr vier Jahre bestehenden Cyber-Allianz Zentrum (CAZ) am Landesamt für Verfassungsschutz bis einschließlich 2016 lediglich 199 Fälle gemeldet worden sind, obwohl es sich dabei um den zentralen Ansprechpartner für alle Fragen bei Cyberangriffen auf Unternehmen in Bayern handelt.

In 137 Fällen wird dabei von einem „nachrichtendienstlichen Hintergrund des Angriffs“ (Drs. 17/16078) ausgegangen, wobei Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass diese u. a. aus Russland, der Volksrepublik China und dem Iran erfolgten.

Viele Hackerangriffe werden nicht gemeldet, entweder, weil diese unbemerkt geblieben sind oder weil die Unternehmen „einen Reputationsverlust und negative Auswirkungen auf dem Markt bei Bekanntwerden befürchten.“ (Drs. 17/16078) Angesichts dessen muss von einer sehr hohen Dunkelziffer ausgegangen werden.

Vor dem Hintergrund dieser Tatsache sowie dem Umstand, dass die Staatsregierung neben den massiven Attacken auf das bayerische Behördennetz nicht abschätzen kann, wie viele Angriffe auf Unternehmen und insbesondere Betreiber kritischer Infrastrukturen tatsächlich verübt werden, ergeben sich zahlreiche offene Fragen zur Cybersicherheitsstrategie des Freistaates Bayern, die beantwortet werden müssen.